

Mordanschläge auf Kritiker

Michael Gottlob

Dass auch Indien zu den Ländern gehört, in denen der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement enger wird, wurde einem größeren, weltweiten Publikum im letzten Jahr schlagartig klar, als die staatlichen Behörden gegen die Umweltschutzorganisation Greenpeace vorgingen und ihr die Konten für Gelder aus dem Ausland sperrten. Greenpeace India soll mit seiner Kritik an einem Kohlebergbauprojekt in Madhya Pradesh das nationale Interesse verletzt und gegen den wirtschaftlichen Fortschritt Indiens gearbeitet haben.

Wie Greenpeace wurde auch anderen Organisationen die Genehmigung für die Annahme von Auslandsgeldern entzogen. Der Foreign Contribution Regulation Act (FCRA) wird zum Instrument der Disziplinierung regierungskritischer Gruppen.

Die Beschränkung der finanziellen Unterstützung aus dem Ausland wirkt sich empfindlich auf die Arbeit der NGOs aus. Zugleich erweckt sie den Eindruck, als ginge es hier um die Verteidigung der nationalen Souveränität gegen Einmischung von außen. Dafür findet sie, wie man den Online-Kommentaren selbst liberaler Zeitungen entnehmen kann, weitreichende Zustimmung in Indien, über den Kreis der Modi-Anhänger hinaus. Und dass Staaten sich gegen Einflussnahme von außen wehren, kann auch im Westen mit einem gewissen Verständnis rechnen.

Die betroffenen Aktivisten berufen sich indessen auf ihre Rechte. Priya Pillay von Greenpeace India, die an ihrer Reise nach London gehindert worden war, wo sie mit britischen Parlamentariern hätte sprechen sollen, klagte vor dem Delhi High Court erfolgreich ihr Recht auf Redefreiheit ein. Dies kann ein Zeichen der Hoffnung sein, es verweist aber zugleich auf die größere Dimension des Problems, die von der Debatte über die Legitimität der Auslandsfinanzierung von NGOs teilweise verdeckt wird: Die Meinungs- und Ausdrucksfreiheit steht in Indien ganz allgemein unter Druck. Auch dort, wo kein Einfluss von außen droht - es sei denn, man will die Artikulation von Kritik generell in dessen Nähe rücken.

Tod eines Autors

Im Januar 2015 irritierte eine Nachricht die indische Öffentlichkeit, mit der der tamilische Autor **Perumal Murugan** seinen Tod als Schriftsteller verkündete. Er werde keine weiteren Bücher mehr schreiben, und auch seine früheren Werke sollten aus dem Verkehr gezogen werden. Vorausgegangen war eine Kampagne gegen seinen Roman *Madhorubagan* (erschienen 2010; Englisch unter dem Titel: *One Part Woman*, 2013), in dem er eine Hindu-Gottheit beleidigt und die Gefühle ihrer Verehrer verletzt haben sollte.

Um weiter schreiben zu können, hätte er seine Heimat verlassen müssen, wie ein Freund in einem Interview bemerkte. Er spielte damit vielleicht auf den bekannten muslimischen Maler M. F. Husain an, dem seit den 1990er Jahren eine ähnliche Protestkampagne entgegenschlug, da seine Bilder angeblich die religiösen Gefühle von Hindus verletzten. Die Aggressionen brachten ihn schließlich dazu, Indien zu verlassen und sich 2006 in Doha niederzulassen.

Für hindunationalistische Gruppen, die in den Muslimen ohnehin Ausländer sehen, war das nur konsequent. Perumal Murugan jedoch ist Hindu. Sein Rückzug zeugt von einem Klima

der Angst, das sich innerhalb der Hindu-Gemeinschaften selbst breit macht und den freien Umgang mit der eigenen kulturellen Tradition in Frage stellt.

Anschläge auf Rationalisten

Dass es sich dabei nicht um eine eingebilddete Angst handelt, dies wurde zuletzt durch eine erschreckende Mordserie deutlich: Im August 2013 wurde der Sozialaktivist Narendra Dabholkar in der Nähe seines Hauses in Pune getötet. Im Februar 2015 wurde der kommunistische Politiker Govind Pansare in Mumbai auf offener Straße ermordet. Ende August 2015 erschoss ein Killerkommando den ehemaligen Vice-Chancellor der Universität Hampi, Prof. M. M. Kalburgi, in seinem Haus in Dharwad, Karnataka.

Allen drei Opfern war gemeinsam, dass sie sich kritisch mit Hindu-Traditionen und -Ritualen auseinandersetzten und Formen des Aberglaubens bekämpften. Es waren Denker und Aktivisten, die in Indien pauschal als „Rationalisten“ bezeichnet werden.

Narendra Dabholkar (geb. 1945 im Bezirk Satara, Maharashtra) hatte nach langjähriger Tätigkeit als Arzt entschieden, sich als Sozialarbeiter ganz der Reform der Gesellschaft zu widmen. Er kämpfte gegen Kastendiskriminierung und für die Gleichberechtigung der Dalits.

Vor allem aber stritt er gegen Formen des Aberglaubens, wie sie von selbsternannten spirituellen Führern, Wunderheilern oder obskuren Tempelstiftungen praktiziert wurden. 1989 gründete er die Maharashtra Andhrashradha Nirmoolan Samiti (das Komitee zur Ausrottung des Aberglaubens in Maharashtra).

Dass er sich damit Feinde machte, war ihm bewusst: “In this movement, even expressing a thought is sometimes a fight.” Dabholkar war bedroht worden und es hatte schon früher Anschläge auf ihn gegeben. Die Mitglieder seiner Organisation wurden als Naxaliten beschimpft, die durch Spenden aus dem Ausland finanziert würden.

In den letzten Jahren hatte Dabholkar die Verabschiedung eines Gesetzes gegen den Aberglauben in Maharashtra vorangetrieben: The Maharashtra Eradication of Black Magic, Evil and Aghori Practices Act, 2013, auch als Black Magic Act bekannt. Nach seiner Ermordung wurde es von der State Assembly angenommen.

Der Mord ist bisher nicht aufgeklärt. Es hat fast drei Jahre gedauert, bis ein Mitglied der Hindu Janajagruti Samiti (Komitee für Hindu-Bewusstsein) im Juni 2016 verhaftet wurde.

Govind Pandharinath Pansare (geb. 1933 in einem Dorf bei Ahmednagar) hatte zu denen gehört, die nach dem Mord an Dabholkar dazu aufriefen, seine Arbeit fortzusetzen und weiter für den Anti-Superstition Bill zu kämpfen.

Seit 1952 war Pansare Mitglied der Kommunistischen Partei Indiens (CPI) gewesen. Als Experte für Arbeitsrecht hatte er Gewerkschaften und Arbeiter unterstützt, und auch Slumbewohnern hatte er geholfen, ihre Rechte zu verteidigen. Gegen die übliche Diskriminierung nach Kaste und Geschlecht ermutigte er junge Leute zur Heirat über Kastengrenzen hinweg und wandte sich speziell gegen ein Hindu-Ritual, das der Geburt von männlichen Nachkommen dienen sollte.

Darüber hinaus richtete er sich gegen die Versuche, Ereignissen und Gestalten der indischen bzw. marathischen Geschichte eine Deutung aus Hindutva-Perspektive zu geben. In seinem

Buch über den Marathen-Führer Shivaji, der im 17. Jahrhundert gegen das von Aurangzeb regierte Mogulreich kämpfte und deshalb von Anhängern der Shiv Sena und BJP für ihre muslimfeindliche Perspektive vereinnahmt wird, stellte Pansare ihn als frei von antimuslimischen Ressentiments dar.

Bis zuletzt, und noch anlässlich der Nachrichten über Perumal Murugan, hatte er Versuche, Andersdenkende zum Schweigen zu bringen, angeprangert.

Malleshappa Madivalappa Kalburgi (geb. 1938 in einem Dorf bei Bijapur, Karnataka) gehörte der in Karnataka einflussreichen Lingayat-Gemeinschaft an, die auf den im 12. Jahrhundert lebenden Philosophen und Sozialreformer Basava (Basaveshwara) zurückgeht. Er leitete viele Jahre das Kannada-Department der Karnatak University in Dharwad, ehe er als Vice-Chancellor an die neue Kannada University in Hampi wechselte.

Seine traditionskritischen Studien (stellenweise mit abwertenden Bemerkungen über Basava und dessen Familie) wurden von orthodoxen Mitgliedern seiner Gemeinschaft als Blasphemie angesehen. Schon im Jahr 1988 hatte Kalburgi im Vorwort zu einem seiner Bücher geschrieben: "In an emotion-charged country like India, a researcher's journey cannot be smooth, ... the researcher will have to face persecution, now and then."

Und nicht nur als Forscher wirkte er gegen Aberglauben und Götzenverehrung, zusammen mit anderen Intellektuellen wie U.R. Ananthamurthy gehörte er auch zu den Unterstützern eines Gesetzentwurfs gegen den Aberglauben, der gerade in diesen Wochen in der Karnataka Legislative Assembly diskutiert wird.

Dass er in Frage stellte, ob Lingayats überhaupt Hindus seien oder nicht wie Buddhisten, Jains und Sikhs als eigene Religionsgemeinschaft zu gelten hätten, brachte auch Hindu-Organisationen wie Vishva Hindu Parishad, Bajrang Dal und Sri Ram Sena gegen ihn auf.

Protest der Preisträger

Kalburgi hatte für sein Werk den angesehenen "Sahitya Akademi Award" erhalten, der für die Übersetzung indischer Literatur in jeweils andere indische Sprachen verliehen wird. Da die Akademie zu dem Mord zunächst schwieg, erhob sich öffentlicher Protest. Viele Preisträger gaben ihre Auszeichnung zurück, darunter bekannte Autoren wie Uday Prakash und Nayantara Sahgal (eine Nichte Nehrus). Shashi Deshpande zog sich vom Sahitya Akademi General Council zurück.

In ihren Begründungen erinnerten sie an die vielen Angriffe auf die Meinungsfreiheit in den vergangenen Jahren: auf Schriftsteller, Journalisten, Wissenschaftler, Verleger, Lehrer, etc. Uday Prakash sah mit dem Mord an Kalburgi einen Punkt erreicht, an dem man seine Stimme erheben musste: "This is not the moment to be silent and find a safe corner to hide in. Otherwise, these dangers will continue to rise."¹

Hinter den Angriffen auf Rationalisten stehen meist Gruppen von Fundamentalisten oder Orthodoxen, die keine Kritik an heiligen Texten und Ritualen dulden. Sie werfen den Forschern vor, die von ihnen publizierten Erkenntnisse verletzen ihre religiösen Gefühle. Die staatlichen Behörden unterbinden die Angriffe nicht wirksam, wenn sie nicht sogar selbst an der Gängelung von Kunst und Wissenschaft beteiligt sind. Nach Ansicht des Historikers und

¹ *The News Minute*, 06. 09. 2015; <http://www.thenewsminute.com/article/hindi-writer-uday-prakash-return-sahitya-academy-award-over-kalburgis-murder-34058>

Journalisten Ramachandra Guha gab es in Indien nie zuvor eine Regierung mit einer derart antiintellektuellen Haltung. Zwar bekennt sich Modi gelegentlich zum säkularen Staat, wie er in der Verfassung verankert ist. Doch die Übergriffe auf kritische Intellektuelle werden von der Regierung nicht deutlich genug verurteilt, geschweige denn gerichtlich verfolgt.

Welche Vergangenheit – welche Zukunft?

Im Oktober 2015 traten 53 Historiker mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der sie eine "bedrohliche Stimmung" im Land beklagten und die Praxis offener Einschüchterung gegen einzelne Forscher anprangerten: "Man versucht, Meinungsverschiedenheiten durch physische Gewalt beizulegen". Die Regierung, so der Vorwurf, wolle offenbar die bisherige Deutungsvielfalt in Forschung und Lehre durch eine Art "gesetzlich verordnete Geschichtsschreibung" nach politischen Vorgaben ersetzen.

Zugrunde liegt dabei die schlichte Vorstellung, dass es sich bei der indischen Geschichte im wesentlichen um die Selbstbehauptung der angeblich seit Urzeiten in Südasien ansässigen Indo-Arier handelt, die sich unablässig gegen Aggressoren und Invasoren aus dem Ausland wehren mussten. Hier trifft sich die Unterdrückung der Meinungsfreiheit im Innern mit dem Drang nach Abschottung gegen Einfluss von außen.

Das, was als „Hindu view of Indian history“ ausgegeben wird, ist nicht nur empirisch falsch - es unterschlägt die vielfältigen Traditionen, die neben der (selbst auf Wurzeln außerhalb Südasiens zurückgehende) indo-arischen ebenfalls in die indische Geschichte und Kultur eingegangen sind -, seine erzwungene, wenn nicht gewaltsame Durchsetzung bringt das Denken auch um die Möglichkeit alternativer Deutungen. Es bringt die Orientierung des Handelns um Perspektiven, die mit Vielfalt anders, souveräner, zukunftssträchtiger umgehen - ebenso wie mit innerer Kritik. Der erwiesenen, in Jahrhunderten entwickelten Fähigkeit zur Aufnahme von Kritik und zur Anverwandlung vielfältiger Einflüsse wird von den Hindunationalisten das Leitbild einer „abgeschlossenen, nach innen gewandten Gesellschaft“ (Romila Thapar) entgegengestellt.

Die Historiker, die sich als Forscher und als Staatsbürger zu Wort gemeldet haben, erinnern an die Werte und Traditionen der Vielfalt, die Indien in der Vergangenheit geprägt haben. Und sie schließen ihre Erklärung mit den Worten: "Es ist leicht, die Vielfalt niederzutampeln, aber wir sollten uns klarmachen, dass es sehr lange dauern wird und die Fähigkeiten der derzeitigen Machthaber übersteigt, sie wiederherzustellen, wenn sie einmal zerstört ist."

(Leicht gekürzt und überarbeitet in: *Südasien*. Zeitschrift des Südasienbüro e.V., 36. Jg., Nr. 3/2016, S. 47-49)